Steirische

PREISE STEIGEN SCHNELLER ALS GEHÄLTER

Löhne sinken, Abgabenlast steigt

Rechnungshof belegt: Arme werden ärmer, Reiche reicher, Frauen verdienen weniger als Männer. Reale Einkommen sinken. Lohnsteuer trotz Reform höher als im Jahr 2000.

ie Einkommen in Österreich sinken, hat der Bundesrechungshof herausgefunden. Wenn Sie nun meinen, das stimmt nicht, weil Sie auf ihrem Lohnzettel Jahr für Jahr höhere Summen vorfinden: diese Steigerung hat die Inflation längst geschluckt. Weil alles teurer wird - vor allem die Energiepreise - bleibt unterm Strich immer weniger übrig.

Der Bericht des Rechnungshofs zeigt viele Ungerechtigkeiten: Schlechter Verdienende verdienen noch

weniger, besser Verdienende mehr. Eine Million Arbeiter oder Angestellte der untersten Einkommensgruppe mussten sich 2005 mit Verlusten beim Einkommen abfinden. Im Durchschnitt verdiente der Österreicher 2005 rund 21.600 Euro brutto. die Durchschnittspension lag bei 14.598 Euro (ohne Beamten).

Frauen bekommen im Schnitt nur zwei Drittel des Männereinkommens, oft bei vergleichbarer Arbeit. Alle gleich trifft die Steuerbelastung und die Sozialversicherung. Trotz großmundiger Reformen ist die Lohnsteuer höher als im Jahr 2000. Zusammen mit der Sozialversicherung beträgt die Abgabenquote durchschnittlich 31,5 % (1976 waren es 18,9 %). Für Alois Guger vom Institut für Wirtschaftsforschung sei eine Umschichtung der Steuerlast in Richtung Vermögen eine Lösung, so die Kleine Zeitung.

Darüber nur schmunzeln können übrigens männliche Fachärzte. Die verdienen nämlich 180.000 Euro brutto pro Jahr. Dafür muss Otto Normalverbraucher mehr als acht Jahre arbeiten.



Reichensteuer:

Muss im Parlament behandelt werden



KPÖ hält Wort - Petition für Vermögenssteuer wurde an Nationalsratsräsidentin Prammer übergeben.

Die KPÖ fordert mit dieser Petition an den Nationalrat: "Vermögen von mehr als eine Million Euro sollen mit einer Vermögenssteuer von fünf Prozent, zweckgebunden für Existenzsicherung und Armutsbekämpfung, besteuert werden." Für den steirischen KPÖ-Vorsitzenden ist der Abschluss dieser Aktion auch ein Beweis dafür, dass man sich auf die Zusagen der KommunistInnen verlassen kann – ganz im Unterschied zur SPÖ, die im Wahlkampf das Gegenteil von dem versprochen hat, was sie jetzt in der Regierung tut.

KOMMENTAR

Schlimme (Arbeits)Zeiten

KPÖ-Frauensprecherin Ulrike Taberhofer

Schlimme Zeiten kommen auf die Handelsangestellten zu. Die werden nun mit fast unmenschlichen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Geplant sind ja Öffnungszeiten wochentags von 6 bis 21 Uhr und samstags von 6 bis 18 Uhr. Statt wie bisher 66 sollen künftig 72 Wochenstunden normal sein.

Das bedeutet massenweise Überstunden. Und da kommt der nächste Hammer: Werden diese innerhalb von sechs Monaten ausgeglichen, dann bekommen die Mitarbeiter keinen Cent für ihre Mehrarbeit. Ist es jetzt im Handel vielfach üblich, eine halbe Stunde vor und nach dem offiziellen Dienstbeginn

quasi umsonst zu arbeiten, artet das Einsparen beim Personal nun aus. Von geringfügigen oder nur Teilzeit-Beschäftigten gar nicht zu reden, von denen immer mehr Flexibilität verlangt wird.

on den 320.000 Handelsangestellten in Österreich sind 250.000, also gut 80%, Frauen. Am 8. März ist Internationaler Frauentag, der auf das Ungleichgewicht und die Ungerechtigkeit zwischen Männern und Frauen aufmerksam machen will. Angesichts dieser Entwicklung ist dieser Tag notwendiger als je zuvor.